



Die Stimme der Selbstständigen

ANTRAG

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Wien

am 31.05.2016

Wien, 10. 5. 2016

Entgegen den Behauptungen einiger TTIP-Befürworter, werden die meisten österreichischen Klein- und Mittelunternehmen (KMU) zu den Verlierern des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP zählen.

Grundlage für diese Befürchtungen ist der Mittelstandsbericht 2014, der von der Wirtschaftskammer erstellt wurde. Dieser Bericht besagt, dass 99,6 Prozent aller Unternehmen, d.h. 313.000 Unternehmen, den KMU zuzuordnen sind. Laut Wirtschaftskammer pflegen nur zwischen 1.500 und 1.800 aller österreichischer Unternehmen Wirtschaftsbeziehungen mit den USA, also weniger als ein Prozent. Von allen Exporten, die heimische Unternehmen tätigen, entfallen auf die USA lediglich 5,6 Prozent, wobei derzeit unterschiedliches Datenmaterial aufliegt.

Gewinner von TTIP wären ausschließlich die „Global Players“, die ihre monopolistischen Stellungen ausbauen und in weiterer Folge die österreichischen, aber auch andere europäische KMU's verdrängen werden.

Den Behauptungen der Befürworter, dass der „Abbau von Zöllen und harmonisierte Standards vor allem die Exportchancen für KMU erhöhen und zu Wachstum und neuen Arbeitsplätzen führen“ widersprechen wir vehement.

Es wird behauptet, dass der Investitionsschutz vor allem den KMU hilft.

Tatsache ist, dass sich KMU den ISDS-Mechanismus (Investor-State-Dispute-Settlement), der ein Bestandteil des TTIP sein wird, nicht leisten können.

Ausländische Investoren könnten Staaten z.B. aufgrund scheinbar ungerechter Gesetze vor privaten internationalen Schiedsgerichten auf Schadenersatz verklagen, um ihre Investitionen abzusichern, ein Recht, das **Unternehmen am Binnenmarkt nicht zusteht**. Dies könnte unterschiedliche Bereiche wie z.B. das Verbot giftiger Stoffe, Regulierungen im Bergbau, aber auch Maßnahmen in der Steuer- und Fiskalpolitik betreffen.

Solche Verfahren vor einem Schiedsgericht kosten durchschnittlich 8 Millionen Euro, eine Summe, die KMU selten aufbringen können. Oft führt der Druck einer Milliardenklage zu Vergleichen, bei denen Staaten schärfere Umweltgesetze zurücknehmen. Die österreichische Sozialgesetzgebung wie Daseinsvorsorge, Umweltstandards und Konsumentenschutz, aber auch grundlegende parlamentarische Entscheidungsverfahren könnten ausgehebelt werden.

Es wird behauptet, dass TTIP Anbietern mit Produkten hoher Qualität zu vermehrten Exportchancen verhilft


KMU zeichnen sich meist durch das Anbieten von Produkten hoher Qualität in Nischenbereichen aus und sind meist in regionalen Wertschöpfungsketten vorzufinden. Durch die Harmonisierung der Normen und Standards, die dann nicht nur den globalen Handel, sondern auch den Binnenraum betreffen, hat dies drastische Auswirkungen auf die KMU. Die transnationale Konkurrenz hat mittels kurzfristiger Niedrigpreisstrategien und standardisierten Produkten noch leichter die Möglichkeit, sich ihrer Konkurrenz zu entledigen, die über keine üppigen Kapitaldecken verfügen.

Es wird behauptet, dass TTIP Arbeitsplätze schafft!

Bisher konnte niemand die Behauptung, dass TTIP zu erheblichen Wachstums- und Einkommengewinnen führt, mit Zahlen untermauern. Ganz im Gegenteil, von der EU in Auftrag gegebene Studien konnten diese Behauptung nicht bestätigen und die EU-Kommission musste ihre eigenen Behauptungen zurückziehen. Damit entfällt ein weiteres gravierendes Argument, dass in Bezug auf KMU postuliert wurde. Es wird zu weiteren Umschichtungen kommen und der Verdacht liegt nahe, dass eher US-Konzerne die Gewinner im EU-Markt sein werden als kapitalschwache KMU.

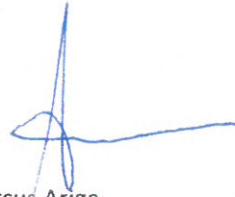
Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Wien stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, ihn im Sinne der KMU zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer Wien möge sämtliche notwendigen Anstrengungen unternehmen, um die Auswirkungen von TTIP auf KMU zu analysieren und im Falle einer Schlechterstellung zum Status Quo zeitgerecht zu stoppen. Weiters fordern wir eine Offenlegung aller Verhandlungsdokumente.



KommR Akan Keskin

Fraktionsvorsitzender des SWV Wien



Marcus Arige

Spartenvertreter I&C in der WKW